

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagshaus: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 32 mm breite Zeile 6,- M. Bei Familienanzeigen, Einzelnagen unter 1000 M., Wohnungsanzeigen, 12spalt. Anz. u. Verkäufe 25%, Wohnungsplätze laut Tarif. Sonst. Anzeigen gegen Voranbezahl. Einzelnummer 1,50, Sonntagsausgabe 2 M.

Schriftleitung und Satzerei: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 38/40.
Druck u. Verlag von Neppach & Neudruck in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Gute Bücher sucht zu kaufen
Lexikon von Meyer u. Brockhaus
 sowie andere, besonders größere Prachtwerke
Buchhandlung Joh. Schreitmüller
 Bautzner Straße 41 Fernruf 15688

Trinkt
Radeberger Pilsner

Transportable Herde
 in Schmiedeeisen und Guß - Bevorzugte Fabrikate
 Prometheus-Gaskocher und Herde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiener
 Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Das Ende des Regierungskonflikts.

Positive Stellungnahme des Kabinetts.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 27. Mai. Die Differenzen im Reichskabinetts wegen der Reparationsverhandlungen des Reichsfinanzministers Hermes in Paris können als beigelegt angesehen werden. Es ist mit einer positiven Stellungnahme des Kabinetts, das heute nachmittags um 5 Uhr wieder zusammentritt, zu den Pariser Verhandlungen mit Sicherheit zu rechnen. Auf die nach Paris ergangene Rückfrage über den Kernpunkt der Unstimmigkeit, wie es mit der Verzehrung des Notenumlaufs im Falle einer Verschlechterung unserer Valuta und anderer wirtschaftlichen Verhältnisse den deutschen Notenumlauf gegenüber dem Umfang, den er am 1. März d. J. gehabt hat, vermehrt werden darf, ist dem Kabinetts durch die Unterbringung der Angelegenheit und der angelegenen Frist, innerhalb der die Angelegenheit kommen muß, noch Gegenstand von Verhandlungen sein müssen.

Die Brücke zur Verständigung

Zwischen den anfangs auseinandergehenden Ansichten Wirths und Hermes ergab sich durch einen Vermittlungsvorschlag, über den berichtet wird:
 Berlin, 27. Mai. Vor allem hatte sich der Reichskanzler in dem Pariser Vorstoß des Dr. Hermes gegen die Fixierung der schwebenden Schulden nach dem Stande des 31. März d. J. gewandt.

Dr. Wirth

erklärte, daß das Reich bei neuen harten Einschränkungen der deutschen Valuta nicht in der Lage sei, sich mit den Beamtengehältern und den sonstigen sozialen Maßnahmen einer sprunghaftem Teuerung anzupassen. Daran würden unheilvolle soziale Krisen entstehen, deren Verantwortung er nicht übernehmen könne.
 Der Vermittlungsvorschlag

geht nun dahin, die Reparationskommission zu erfinden, einen späteren Termin als den 31. März festzusetzen. Das gesamte Kabinetts betrat diese Brücke der Verständigung und richtete noch gestern abend eine entsprechende Anfrage nach Paris, obwohl

Dr. Hermes

hervorhob, daß die Reparationskommission nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen nicht bereit sein würde, eine Klausel in die Abmachungen anzunehmen, um den Termin zu verlängern. Die Rückfrage wird im wesentlichen nur als ein taktischer Zug bewertet, um über die gegenwärtige innere Kabinettskrise hinüber-

zukommen. Dr. Hermes vertritt, wie weiter mitteilt, die Ansicht, daß es auch sachlich einer solchen Rückfrage nach Paris gar nicht erst bedürfe. Die Abmachungen lägen ausdrücklich vor, daß die zurückdatierte Fixierung der schwebenden Schulden sich nur auf die Ausgaben bezöge, die für die inneren Ausgaben des Reiches gemacht worden seien. Es kämen also 10 Milliarden Mark in Frage, die durch eine innere Anleihe oder neue Steuern gedeckt werden müßten. Nach der Mitteilung des Dr. Hermes würden dabei aber den Pariser Abmachungen gemäß die Summen für Reparationszwecke ausbleiben.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat der Reichskanzler die Führer der Regierungsparteien zu einer Aussprache eingeladen. Sowohl die Sozialdemokraten wie auch Zentrum und Demokraten scheinen die Vorläufe des Reichsfinanzministers im Gegensatz zu Dr. Wirth als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen zu betrachten. Die Haltung der übrigen Parteien liegt noch nicht fest, jedoch ist anzunehmen, daß die Zentrumspartei und die äußerste Linke es ablehnen werden, sich den Vorstößen des Dr. Hermes anzuschließen. Die Deutsche Volkspartei hielt noch gestern abend eine Fraktionssitzung ab. Am weitesten ging auch innerhalb dieser Partei die Meinung dahin, daß zwar an den einzelnen Punkten des Abkommens Kritik geübt und Abänderungen verlangt werden müßten, daß aber die Grundlage des Abkommens ein begründeter Versuch zur Ausbarmung weiterer Verhandlungen sei.

Die Haltung des Kanzlers in der Kabinettskrise.

Berlin, 27. Mai. In ihrem Bericht über die Reparationskrise sagt die „Tagl. Rundschau“ u. a., der Reichskanzler habe in diesen Tagen seine glückliche Natur gemacht. Nachdem er zunächst den Mund ziemlich weit aufspannen habe und seinen Gegnern zu Hermes ziemlich offen in die Welt hinausgehende Lehren gegeben habe, habe er sich jetzt, nachdem er die Unmöglichkeit erkenne, Hermes zu deponieren, wieder gefügt. Ob dem Reichskanzler besonders die Sachlichkeit über alles gehe, sei nach Lage der Dinge höchst zweifelhaft. In politischen Kreisen seien manderlei Einzelurteile aus der Zeit der Vorbereitung und des Ausbruchs des Konflikts mit dem Reichsfinanzminister bekannt geworden, die Dr. Wirth als den Mann der gekränkten Eitelkeit erkennen ließen.

Unabhängige und Kommunisten gegen die Regierung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
 Berlin, 27. Mai. Die Unabhängigen und Kommunisten haben sich gestern dahin geeinigt, gegen die Politik der Regierung zu stimmen, in der Hauptsache auch deswegen, weil Dr. Hermes in Paris die Einführung neuer indirekter Steuern zugesagt hat. Dadurch wird die Regierungsmehrheit außerordentlich schwach; denn bekanntlich ist der Reichskanzler das letzte Mal nur dadurch geblieben, daß die Unabhängigen sich der Stimme enthalten. Jetzt werden sie bei der Abstimmung gegen die Regierung stimmen.

Annahme des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens im Ausschuß.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 27. Mai. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags nahm heute das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. Die Vertretung über den Postverkehr und über die Grenzübergänge mit Polen wurden ebenfalls angenommen. Die Entscheidung über die Ueberleitung des Rechtsverkehrs wurde vom Ausschuß noch vertagt. Auch eine Rechtsverordnung im Plenum, wie sie in Wien von Minister o. D. Schiffer abgegeben worden war, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.
 Um 6 Uhr tritt der Ausschuß wieder zusammen, der bereits vormittags verjammelt war und dem obersteilfischen Abkommen zugestimmt hat. In der Nachmittags-sitzung wird sich der Auswärtige Ausschuß mit den Reparationsfragen beschäftigen, nachdem sich das Kabinetts darüber schlüssig geworden ist. Inzwischen hatte der Reichskanzler noch Besprechungen mit mehreren Parteien. Am Montag findet die große politische Debatte in der Vollversammlung des Reichstages statt und hier wird die endgültige Beschlußfassung erfolgen. Es ist nicht zweifelhaft, daß eine Mehrheit für den Regierungshand-punkt vorhanden sein wird.

Die Kritik der Presse an der Rede Wlond Georges.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 London, 27. Mai. Der weitere Verlauf der Unterhandlung und die Haltung der Presse zeigen, daß es Wlond Georges nicht gelang, durch seine Rede die Opposition zu schwächen. Die Blätter bezögen die Ausführungen Wlond Georges im allgemeinen als inhaltslos, und stellen fest, daß kein neues Material zur Beurteilung der Lage beigebracht wurde. Von der Opposition äußert sich ganz besonders das Organ der unabhängigen Liberalen, die „Westminster Gazette“, sehr unfreundlich, die sagt, daß am Schluß der Wemeler Konferenz Deutschland und Rußland genau so als Parlamenta daständen wie im Anfang. Die Regierungsblätter sind zurückhaltender. Sie geben an,

daß Wenus resultatlos verlaufen ist, vertheidigen aber die persönliche Haltung Wlond Georges.

Paris, 27. Mai. In der Rede Wlond Georges nehmen die meisten Blätter eine ganz verneinte Stellung. Soweit es geistlich wird, betont, daß die Rede Wlond Georges außerst geschickt gewesen sei und daß der englische Premierminister seine eigene Sache wieder einmal meisterhaft zu führen verstanden hätte. Nur etwas habe er vergessen, meint der „Mauro“, ob die Ausland-ewärtigen Konzeptionen tatsächlich Rußland wiederherstellen könnten. Daran glaube eben die französische Regierung nicht. Auch dem konservativen „Gaulois“ erscheinen die Vorkerkungen Wlond Georges unbestimmt.

Berlängerung der Galgenfrist für Deutschland.

Paris, 27. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat den französischen Pressevertretern gestern abend erklärt, daß der 31. Mai keinesfalls die entscheidende Bedeutung haben werde, die bis jetzt diesem Datum von französischer Seite beigelegt worden sei. Er bezeichnete es als sicher, daß der Wiedergutmachungsaußschuß Deutschland eine Fristverlängerung von vierzehn Tagen oder selbst von einem Monat erwähren werde, um zur Verständigung zu gelangen. Nach den Mitteilungen Poincarés wird der Aus-schuß die Antwort Deutschlands kaum vor Mitte Juni in offizieller Sitzung prüfen. Es sei möglich, daß er auch dann wieder nur eine neue Note an Deutschland richte, die binnen einer weiteren Frist zu beantworten wäre. Sollte der Ausschuß sich abzugeben sehen, ein abschließendes oder schuldhaftes Verlangen Deutschlands festzustellen und die verbündeten Regierungen davon in Kenntnis zu setzen, so würde diese Verachrichtigung irühstens am 15. Juni zu erwarten sein.

Ferner teilte Poincaré mit, daß er eine schon vor drei Monaten erfolgte Einladung angenommen habe, am 17. und 18. Juni in London einer Feler für den Wiederaufbau Berlins beizuwohnen. Da bei dieser Gelegenheit ein großes Bankett stattfindet, wo neben dem Herzog von York, Valfour, Churchill, Asquith um. auch Wlond Georges anwesend sein werde, sei ein Meinungsaustrausch zwischen ihm, Poincaré, und Wlond Georges trotz des „privaten“ Charakters der Reise nicht ausgeschlossen.

Gewitterwolken am Konjunkturm Himmel

Die ungeheure Steigerung aller Preise in den letzten Monaten und die in ihrem Gefolge eintretende Er-lahmung der Konjunktur in der großen Masse des deutschen Volkes hat schon seit geraumer Zeit die deutsche Wirtschaft vor die Gefahr einer plötzlichen Krise gestellt. Die in Ver-breiteter Ansicht, daß der erdichte Preissturz im Frühjahr kommen müßte, hat getrieben, ebenso wie auch die jetzige Vertiefung auf den Herbst unzulässig ist. Vielmehr wird die Wahrscheinlichkeit zu immer größerer Gewißheit, daß die Verhältnisse in unserer Wirtschaft schon sehr bald zu einer Entscheidung drängen, die nicht nur alle Anzeichen einer Krise nach den Erfahrungen vom Frühjahr 1920 trägt, sondern die durch das Zusammenbrechen der verschiedensten Gründe geradezu einen katastrophalen Anstoß zu erhalten vermag. Preisstabilisierung, Festigung der Valuta und Ein-dämmung der Inflation sind schlechterdings nicht zu ent-behren, wenn unsere Wirtschaft je wieder eine gesunde Ent-wicklung nehmen soll. Das Bedauerliche liegt nur, daß jede wirkliche Besserung unserer Wirtschaft aufseheind nicht ohne Krise erkauft werden kann, die um so härter wirken muß, wenn die drei Momente, die von einander abhängen, zusammenwirken. Niemand im deutschen Volke ist sich darüber im Unklaren, auf wie düsteren Höhen der ganze Scheinbau unserer wirtschaftlichen Hochkonjunktur ruht, die Gewinne und blühende Entwicklung dort vortäuscht, wo in Wirklichkeit nur von einem rapiden Sturz und des deutschen Volkseinkommens und Vermögens gesprochen werden kann. Die Industrienunternehmen können, geküßt auf die In-flation, Dividenden ausschütten, die prozentual ausgedrückt, mit oft 90 Prozent wärdenhaft ausfallen, die aber unter Berücksichtigung des hohen Kurswertes der 1000-Mark-Aktien in Wirklichkeit nur eine Dividende von 2 oder höch-stens 3 Prozent bedeuten. Die Dividenden werden über-haupt nur möglich durch die trügerischen Papierbilanzen der deutschen Betriebe, die Papiergewinne und zum Teil auch persönliche Gewinne einschließen, wo in Wirklich-keit die Substanz des Vermögens schwindet. Der Engländer Sir Henry Ponson hat kürzlich in einem Buch auf die Tat-sache hingewiesen, daß die deutschen Betriebsvermögen am Anfang des Abgangjahres einen bedeutend größeren Wert darstellen, als am Ende des Jahres, und obwohl eine Dividende ausgeschüttet wird, obwohl sich erhebliche zahlen-mäßige Papiergewinne herausstellen, gehen diese Gewinne doch tatsächlich von der Substanz der Industriewerte ab. So ist es zu erklären, daß der Wert der sämtlichen deutschen Aktienunternehmen von etwa 20 Milliarden Goldmark vor dem Kriege auf heute nur 6 Goldmilliarden zurückgegangen ist. Und wenn Dr. Steffler kürzlich in einem Vortrage in Dresden ausführte, daß die deutschen Betriebe, wenn sie die Bilanz laut in Papier- in Goldmark ausstellen würden, vermutlich überhaupt keine Dividende ausschütten könnten, so hat er damit nur zu recht. Die deutsche Konjunktur ist eine Scheinkonjunktur, beruhend auf der Geldentwertung, dem höheren Anschaffungswert der deut-schen Mark gegenüber dem Ausland, dem Dumping, der Inflation unter einem rapiden Schwenden der deutschen Vermögenssubstanz. Aber diese Scheinkonjunktur hatte den Vorteil, daß sie die Millionen deutscher Arbeiter beschäftigt und der Masse der Bevölkerung Lebensmöglichkeiten gab.

Gegen die Grundlagen der Scheinkonjunktur aber laufen heute die Ereignisse in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Welt Sturm. Die ersten Anzeichen der Krise zeigten sich in der unachtern Steigerung der In-ternen Teuerung, die sich längst nicht mehr in dem Rahmen der Valuta-Entwertung bewegt, sondern gerade in den letzten Monaten erheblich schneller vor sich gegangen ist als der Anstieg der Mark Wert. Davon wirkten nicht zu-letzt die Bestrebungen der Reichsverkehrsverbände mit, durch Erhöhung der Tarife eine wirtschaftlich rentable Betriebs-führung zu ermöglichen, ferner die erhöhten Anschaffungskö-sen, Valutaanfälligkeit und die erschwerende Anziehung der Teuerungskurve. Dazu kommt, daß jedes Favonrennen der Valutaentwertung zwar den Export und die Konkurrenz auf den Weltmarkt erleichtert, aber mit dem zunehmenden Rückgang der Mark auch die Konsumtionskraft teurer und schwieriger wird. Nicht zuletzt aber wirkt bei der ganzen Entwicklung die trotz unachernerlicher Vermehrung des Papiergeldumlaufes immer bedrohlicher werdende Kredit-not auf den deutschen Kapitalmarkt ein, bedingt durch steigenden Bedarf der Industrie, durch Anleiheforderungen des Reiches, in der Hauptsache aber durch den völligen Still-stand der Spartätigkeit. Niemand kann heute noch sparen, da das Geld sich zu schnell entwertet und jeder sucht durch Anschaffung von Schwerten, Einrichtungsgegenständen und Reichleutensachen der Geldentwertung zu entgehen, nicht es vor, entweder Luxuswaren zu kaufen oder durch Wert-, Wein- und Sektflaschenkonzum sich angenehme Stunden zu bereiten, wo er in früheren Zeiten gespart hätte. Wenn man bedenkt, daß in den Jahren von 1870 bis 1914 allein durch die Spartätigkeit der Akteure in den Zeiten drückend-ten Kapitalmangels der deutschen Wirtschaft etwa 20 Bil-liarden Goldmark zugeführt wurden, wenn andererseits die deutschen Depositen von einem Stand von 30 bis 35 Bil-liarden Goldmark unter Zugrundelegung der Geldent-